

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Auslöser diesen Antrag so zu formulieren wie er Ihnen vorliegt, waren die Ausführungen des Landrats in der letzten Kreistagssitzung zu der Situation in kreiseigenen Schulen. Dort wurden -resultierend aus den Hygienevorschriften -überwiegend der Mangel an räumlichen Kapazitäten als besondere Problemlage in den Schulen genannt.

Aus gegebenen Anlass stellt die Fraktion Bündnis 90 die Grünen folgenden Antrag mit der Bitte um Ihre Unterstützung.

Der Kreistag möge beschließen:

Die Verwaltung des Kreises Trier-Saarburg erarbeitet im Austausch mit den weiteren Entscheidungsträgern ein Konzept zur Bereitstellung der räumlichen, hygienischen und materiellen Voraussetzungen, um die Präsenzbeschulung an allen kreiseigenen Schulen nach Ablauf der Sommerferien wieder in vollem Umfang zu gewährleisten und auch bei einer erneuten Verbreitung des Virus COVID-19 durch Bereitstellung von zusätzlichen, ggffls. angemieteten, Räumen, technischen Voraussetzungen und zusätzlichen Materialien so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Die Kreisverwaltung erstellt weiter - in Zusammenarbeit mit den Schulen und der ADD einen Notfallplan für den Fall einer erneut ministeriell angeordneten Schließung der Schulen, der allen Schülern die Teilnahme an einem digitalen Schulunterricht nach einheitlichen Standards unter Ausschöpfung der bestehenden technischen Möglichkeiten ermöglicht. Diese Standards legen insbesondere eine aktive Teilnahme und Kommunikation zwischen Schülern und Lehrern, die einem Präsenzunterricht möglichst nahekommt, fest. Soweit erforderlich, stellt der Kreis dazu technische Voraussetzungen und Mittel zur Verfügung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Lernen passiert in der Schule. Seit Jahrhunderten - In Interaktion mit Mitschülern und ausgebildeten Fachkräften, und das ist gut so.

Inhalte und Methoden haben sich verändert. Und jetzt verändern sich durch die Hygienevorschriften die Gruppengrößen und das hat Konsequenzen für das vorhandene Raum- und Personalkonzept.

Darauf konnte bisher - und da widerspreche ich der Sachdarstellung der Verwaltung- keine Antwort zur **Zufriedenheit aller Beteiligten** gegeben werden. Allenfalls haben sich die Beteiligten und damit meine ich in erster Linie die Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern, aber auch die Träger von Bildungseinrichtungen mit den Gegebenheiten arrangiert. So wie wir alle hier im Raum uns arrangiert haben und weiterhin müssen!

Im weiteren Verlauf kann ich über die Sachdarstellung der Beschlussvorlage der Verwaltung nur den Kopfschütteln.

Auf 4 Seiten beschreiben Sie mit einem Allgemeinplatz nach den anderen die Problemlage,

dort wo Lösungen gefordert sind!

Sie Schreiben von einer vorhersehbar anhaltenden Ausnahmesituation und einen dynamisch verlaufenden Geschehen...

Wir lesen von einer engen Zusammenarbeit und regelmäßigen Telefonkonferenzen mit den Kreisschulen-

Fakt ist aber, dass es bisher nur 2 Telefonkonferenzen mit den Schulleitungen gab. In drei Monaten!

Die Schulen hätten keine Anfrage an das Gebäudemanagement gestellt. Im weiteren Verlauf sprechen sie von einem proaktiven Handeln.

Die Problematik der Raumkapazitäten wurde doch schon im letzten KT von Landrat selbst vorgetragen. Noch mehr Bürokratie für die Schulleitungen die am Rande der Belastbarkeit stehen?

Jedem, der jetzt die Personalisierungsfrage durch Lehrerinnen und Lehrer stellt, sage ich, dass diese Fragestellung HIER nicht gegenständlich ist:

Bringen wir doch die Schulbehörde in Zugzwang durch umfängliche Antworten in einem Raumkonzept und nicht umgekehrt. Weiter lesen wir:..

Dass die Zeit bis zum Start des neuen Schuljahres – das ist keine Lesefehler!! Als bis Mitte August für eine Situationsanalyse gebraucht wird.

Das hätte schon längst passieren können und müssen!

Zum Anfang des Schuljahres müssen Lösungen auf dem Tisch liegen.

Umso erstaunlicher ist der Stellenwert, der dieser Herbeiführung von Lösungen in ihrer Sachdarstellung eingeräumt wird:

Das Bildungsbüro könnte die Akteure, wie Sie sie nennen -koordinieren. Aber die haben ja auch keine personellen Möglichkeiten - lesen wir weiter - und innerhalb der Verwaltung ist nur ein punktueller Einsatz möglich, weil es ja bisher niemanden gab, der diese Schnittstelle bereits ausübt.

Und das ist sogar glaubhaft, weil es ja bisher auch keinen Corona-Virus gab.

Wer bitte schön hat denn seit dieser Zeit nicht schon Dinge tun müssen, die er vorher noch getan hat. Fragen Sie doch mal alle Eltern von Kindergartenkindern oder Schulkindern?

Wir stecken hier in einer Krisensituation. Höchste Dringlichkeit ist hier angesagt.

Krisensituationen sind Führungssituationen. Sind Chefsache!

Für den Landrat muss es hier ein Selbstverständlichkeit sein, die Akteure, also die Schulleitungen, Verantwortliche in den Gemeinden, weitere Träger und die Schulaufsicht an einen Tisch zu bringen und bis zum Schuljahresbeginn praktikable Lösungen zu erarbeiten.

Das sind wir den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Beschäftigten in unseren kreiseigenen Schulen schuldig.

Dafür tragen wir Verantwortung- darauf müssen wir – wir Antworten geben.

Aus zeitlichen Gründen gehe ich auf die konsternierende Beschreibung der personellen und konzeptionellen Ausweglosigkeit im Bereiche der IT Ausstattung der Schulen nicht mehr ein. Seit einem Jahr steht der Digitalpakt auf der Agenda. Immer noch scheint es Schulen zu geben, die die Prüfunterlagen nicht vorgelegt haben. Im IT-Bereich sind 3 Stellen unbesetzt usw. usw.

Die Forderung zur Erarbeitung eines Konzepts zur Bereitstellung der räumlichen, hygienischen und materiellen Voraussetzung scheint uns nach dem Lesen Ihrer Sachdarstellung umso wichtiger.

Die Dringlichkeit wird zusätzlich dadurch unterstrichen, dass der Presse zu entnehmen ist, dass für einen regulären Schulunterricht kleinere Klassengrößen gefordert werden. Dies ist ohne Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten nicht machbar. Da werden schuleigene Turnhallen und ein Hotel in Kell bei Weitem nicht aus. Es handelt sich hier um eine Pflichtaufgabe der Kreisverwaltung als Träger.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist bereit – auch während der Sommerferien - diesen Prozess konstruktiv zu unterstützen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Es gilt das gesprochene Wort. Bündnis90/die Grünen – Heike Gleißner